

Die schweizerische Neuorientierung

Autor(en): **Nobs, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **2 (1922-1923)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-328415>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

4. HEFT

DEZEMBER 1922

II. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Die schweizerische Neuorientierung.

Von Ernst N o b s.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß in den Jahren 1920 und 1921 der W e n d e p u n k t liegt zu einem grundlegenden Richtungswechsel unserer gesamten schweizerischen Wirtschaftspolitik. Es geht dabei für die schweizerische Arbeiterschaft nicht bloß um ein Mehr oder Weniger an Lohn und Arbeitszeit, sondern es geht um die F u n d a m e n t e ihrer Existenz, um Daseinsberechtigung und Entwicklungsraum der schweizerischen Industrie und der in ihr werktätigen Menschen.

Im Septemberheft dieses Jahrganges der „Roten Revue“ habe ich in einer chronologischen Uebersicht über drei Jahre schweizerischen Parlamentarismus die Hauptkennzeichen der Neuorientierung namhaft gemacht und in der Einleitung dazu zu zeigen versucht, wie erst der Zerfall der alten herrschenden, stark freihändlerischen Freisinnspartei das scharfe Einlenken in für uns ganz neue Bahnen der Wirtschaftspolitik ermöglicht hat. Ja, man könnte mit mehr Recht sogar sagen, daß die w i r t s c h a f t l i c h e n Ziele und S o n d e r b e s t r e b u n g e n der in einem Vierteljahrhundert rastloser Organisationsarbeit erstarkten und selbstbewußter gewordenen B a u e r n k l a s s e die alte herrschende Partei zerstört haben. Das Sprengmittel, das diese Auflösung vollendete, war die V e r h ä l t n i s w a h l, zu deren letztem siegreichen Vordringen die Bauernschaft nicht wenig beitrug, trat doch der Schweizerische Bauernverband damals (1918) ganz offiziell für die Verhältnisswahl ein. Man weiß noch, unter welchen Umständen dann die Abdankung des letzten Majorzparlamentes vor Ablauf seiner A m t s d a u e r stattfand. Es kam die Spaltung und Zerstückelung der Partei, die seit 1848 das Land ohne Unterbruch regiert hatte, und es kam jene S p a l t u n g s p a n i k, welche den übriggebliebenen Rest der alten Herrscherpartei völlig in die Heerfolge der reaktionärsten bäuerlich-mittelständlerischen Schutzzollpolitik trieb. Vergewegen wir uns dabei, daß der Ueberrest der Herrscher von gestern nicht einmal mehr den dritten Teil des Nationalrates aus-

füllte, wohl aber von sieben Bundesräten fünf zu den seinigen zählte! Die Vertreter der vom Throne gestoßenen Herrscherpartei und namentlich ihre Repräsentanten im Bundesrat suchten und fanden Anlehnung an den andern bürgerlichen Parteien, an Bauern und Konservativen. Es entstand der schweizerische Dreibund, das was einer seiner journalistischen Vortänzer, Herr v. Ernst, im „Vaterland“ bezeichnet hatte als die schweizerischen „Alliierten und Föderierten“. So wanden sich die Schulthess und Konsorten durch die Klippen und Riffe ihrer faktischen Minoritätenstellung hindurch. Hinter ihnen aber, in ihrer Partei, war Heulen und Zähneklappern, Verwirrung und völlige Desorientierung. Noch beschloffen die St. Galler Freisinnigen im Juli 1921 nach einem Rufwort des Freihändlers Prof. Dr. P. Schmidt eine scharfe Protestresolution gegen die vom Bundesrat vorgeschlagene Umsattelung. Noch hieß es in dieser Resolution:

„Ungeachtet der katastrophalen Notlage, vor der die Exportindustrien und das Gewerbe der Schweiz stehen und im Hinblick auf die unausbleiblichen politischen und wirtschaftlichen Folgen der nun vom Bundesrat eingeschlagenen, weit über die wirtschaftlich gerechtfertigten Notwendigkeiten hinausgehenden Zollpolitik kann die Versammlung dem neuen Zolltarif nicht zustimmen; sie spricht im Gegenteile ihre Mißbilligung darüber aus. Sie beauftragt die Parteileitung, durch die schweizerische Leitung der freisinnig-demokratischen Partei dafür zu sorgen, daß auch in der Zoll- und Handelspolitik die verfassungsmäßigen Wege eingehalten werden und für die Rekonstruktion der eidgenössischen Finanzen nicht die Zollpolitik derart fiskalisch ausgenützt wird; ferner sofort beim Bundesrat vorstellig zu werden, damit der bitteren Notlage unserer Industrien und der Konsumentenschaft durch geeignete Maßnahmen Rechnung getragen wird und die nötigen Schritte eingeleitet werden, damit die eidgenössischen Räte in der Herbstsession die Zoll-, Einfuhr- und Monopolfragen einer erneuten Beratung im Sinne der tatkräftigen Förderung des Preisabbaues unterziehen.“

Aber als der Herbst kam, brachte die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung es nur zu einer kraftlosen Stimmgabe, in der parlamentarischen Debatte versagte sie völlig und in der Abstimmung stimmte die überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder für eine ausgesprochene hochschutzzöllnerische Agrarierpolitik. Die Führung bei diesem „taktischen Rückzug“ lag sogar in den Händen von Großindustriellen, allerdings so willensschwacher widerstandsloser Menschen wie Karl Sulzers, des Winterthurer Industriellen, der von Schulthess sich mit dem Versprechen auf Industriesubventionen hatte ködern und dazu bewegen lassen, die alte Bahn zu verlassen, die vordem der alte grimme Degen Eduard Sulzer-Ziegler mit so viel Bravour gegangen war.

Mit 104 gegen 58 Stimmen hieß der Nationalrat den Bericht des Bundesrates über den von ihm festgesetzten neuen provisorischen Zolltarif gut. Das war der Zusammenbruch des alten Systems, die Preisgabe einer politischen Linie, die seit 1848 verfolgt worden war. Kein Zweifel, daß das parlamentarische Kräfteverhältnis der Konstellation der Gruppen im Volke durchaus nicht adäquat war. Aber der Souverän blieb trotz des Protestes der Arbeiter a u s g e s c h a l -

tet, die Volksbefragung wurde in verfassungswidriger Weise ausgeschlossen, und mittelst dieser höchst anfechtbaren Methode die Aera der neuen schweizerischen Wirtschaftspolitik eingeleitet. Welch ein grotesker Gegensatz zwischen dieser Wirklichkeit einerseits und dem, was die bürgerliche Presse aller Parteien in den Jahren 1918 und 1919 der Arbeiterschaft an „notwendiger Neuorientierung“ versprochen hatte!

*

Der Theoretiker und Techniker der nun vollzogenen Neuorientierung war Professor Dr. Ernst Laur, der Mann, der in mehr als zwei Jahrzehnten ununterbrochener, rastloser Tätigkeit als Bauernsekretär wie als Dozent am Eidgenössischen Polytechnikum die schweizerischen Landwirte organisiert und geschult, sie geführt und immer wieder mit Geschick und Nachdruck vertreten und ihnen ein ganzes Rader von Offizieren und Unteroffizieren herangebildet hatte. In einer im Jahre 1919 (im Verlag von Emil Wirz, vormals J. J. Christen in Aarau) unter dem Titel „Bauernpolitik“ veröffentlichten Buche sind die Richtlinien der bäuerlichen Politik, die nun zur offiziellen Staatspolitik geworden ist, niedergelegt. Freilich, für Laur handelt es sich um kein Umlernen. In dem eben erwähnten Buche faßt er nur in gedrängtester programmatischer Weise zusammen, was er schon seit Jahrzehnten mit eiserner Beharrlichkeit verfochten hat. Manche Zeilen der erwähnten Arbeit sind denn auch nichts anderes als Zitate aus früheren Publikationen Laurs. In dem schon im Jahre 1906 veröffentlichten Vortrag „Volkswirtschaftliche Leitgedanken der schweizerischen Bauernpolitik“ finden wir bereits alle Grundgedanken der jüngsten Publikationen ausgesprochen und insbesondere die Idee, die seither mehr und mehr in den Vordergrund tritt, „daß die größte Gefahr für unser Land und Volk nicht in einer Zurückhaltung, sondern vielmehr in einer weiteren Zunahme der industriellen Entwicklung liegt“. Der gleiche Gedanke hat nun seine ausführliche Begründung erfahren in Laurs „Bauernpolitik“ und wird in Laurs Vorschlägen zu einem politischen Bauernprogramm (siehe „Rote Revue“, Februar 1922) wie folgt zusammengefaßt: „Die Bauernpartei vertritt die Ueberzeugung, daß eine weitere Zunahme des industriellen Uebergewichts (als ob es ein solches je bei uns gegeben hätte! E. N.) innerhalb der schweizerischen Volkswirtschaft große Gefahren in sich trägt und schließlich zum Verderben von Land und Volk führen muß. Sie kann deshalb eine Ausdehnung der schweizerischen Exportindustrie nur in dem Maße empfehlen, als sie von einer entsprechenden Erstarbung und Vermehrung des Bauernstandes begleitet ist. Desgleichen muß sie verlangen, daß die weitere Vermehrung des ausländischen Anteils an der Versorgung des Landes mit unentbehrlichen Lebensmitteln vermieden und die Selbstversorgung mit allen Mitteln ge-

fördert wird. Die internationale Wirtschaftspolitik, insbesondere das Zollwesen und die Handelsverträge, sollen auf diesen Grundsätzen aufgebaut sein."

Laur fußt letzten Endes auf von Thüniens Theorie des geschlossenen Wirtschaftsstaates, und sehr vieles in seiner Argumentation geht auf von Thünen zurück. Wenn Laur allerdings dann in seinen theoretischen Ausführungen und programmatischen Forderungen von Thünen nicht völlig folgt, sondern der Exportindustrie scheinbar eine Existenzberechtigung zubilligt und auch für die Landwirtschaft die nachhaltigste Exportförderung verlangt, so sind Laur und seine Helfer in der politischen Praxis um so mehr drauf und dran, die schweizerische Industrie zu dezimieren und unter ihre Botmäßigkeit zu bringen.

Mit größter Entschiedenheit wendet sich Laur namentlich dagegen, daß die schweizerischen Lebensmittelpreise nicht ohne Rücksichtnahme auf das Niveau der Weltmarktpreise (die durch die Valutaverhältnisse geschaffenen besondern Verhältnisse, die vorübergehender Natur sind, lassen wir bei dieser Betrachtung absichtlich völlig außer acht) festgesetzt werden dürfen. Nach seiner Theorie gebührt der Vorrang dem Bauer, denn er sei der „sicherste Hort gegen den Umsturz“. „In unserer Demokratie wäre der einseitige Industriestaat gleichbedeutend mit Arbeiterherrschaft.“ Mancher Stadtbewohner, „der das ganze Jahr über die hohen Lebensmittelpreise aufbegehrt hat, atmete erleichtert auf, als er die Dragoner vom Lande durch die Straßen reiten sah.“ Dafür präsentiert Laur nun die Gegenrechnung: den neuen Zolltarif und noch einige andere solche Kleinigkeiten dazu. Der Vorteil für den Staat sei ja in die Augen springend, sorge er auf diese Weise doch am besten für seine Finanzen. Laur macht es keine Sorge, daß die Schweiz, in der 43% der Gesamtbevölkerung direkt oder indirekt von der Exportindustrie leben, heute das teuerste Land der Erde ist. Aber er legt großen Wert darauf, wie wichtig für die Schweiz die künstliche Erhaltung des Getreidebaues für den Fall künftiger Kriege sei und wählt gerade die Kriegssituation zur Grundlage seiner Argumentation, als ob nicht gerade der Weltkrieg bewiesen hätte (und Schlimmeres als die Jahre 1914 bis 1918 kann man sich gewiß nicht denken!), wie verhältnismäßig gut die Schweiz durchgekommen ist ohne jahrzehntelange Prämienausteilung an großbäuerliche Getreideproduzenten!

Die Frage ist die, ob unser Land und Volk seiner Landwirtschaft auf die Dauer eine privilegierte Stellung innerhalb der Weltwirtschaft sichern kann, ob es möglich ist, daß bei Weltrekordpreisen für Lebensmittel in der Schweiz die schweizerische Exportindustrie auf die Dauer bestehen kann oder nicht.

Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Mit ihrem heutigen Zolltarif, mit ihrer Subventionswirtschaft, ihrer Getreidepreisgarantie, ihrer radikalen dauernden oder zeitlichen Einfuhrsperre auf Hunderte von Artikeln, ihrer Geldverschleuderung zum Zwecke der Hochhaltung der Lebensmittelpreise (32 Millionen für die Käseunion!) sind Laur und Konsorten bereits über das von ihnen zugegebene Ziel der Hemmung der weitem industriellen Ausdehnung weit hinaus. Die schweizerische Industrie ist nicht nur an einem Stillstande angelangt, wie solche Ruhepausen durch die gewöhnlichen Industriekrisen sonst regelmäßig herbeigeführt worden sind. Die schweizerische Industrie sieht sich in einen katastrophalen Rückgang hineingerissen. Die Arbeitslosigkeit hat einen Umfang und eine Beharrlichkeit erreicht, wie nie zuvor, es sei denn, man gehe zurück auf Napoleons Kontinentalsperre und die große Krise im ersten Fünftel des vorigen Jahrhunderts! Die Bevölkerungszahl der industriellen Städte und Ortschaften bleibt seit Jahren stationär oder geht entschieden zurück. So hat Zürich gegenüber dem Höchststand bereits 14,000 Einwohner verloren. Natürlich haben die allgemeine Valuta- oder Absatzkrise zu dieser bedenklichen Situation sehr viel beigetragen, allein unsere neueste eidgenössische Wirtschaftspolitik hat diese Lage nicht gemildert, sondern außerordentlich verschärft und verschärft sie noch weiter. Wenn unsere indirekten Bundessteuern die schweizerische Konsumentenschaft im Jahre 1922 mit rund 200 Millionen belastet, wenn der neue Zolltarif bei seiner vollen Auswirkung nach einer Berechnung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine dem Fiskus 279 Millionen jährlich einbringen, das heißt eine fünfköpfige Familie durchschnittlich pro Tag um einen ganzen Franken belasten würde, so sind das Ziffern, die maßgebend ins Gewicht fallen für die schweizerische Volkswirtschaft und die, zusammen mit unserer künstlichen Absperrung vom Weltmarkt und seinen billigeren Hilfsquellen und Lebensmitteln, große Teile der schweizerischen Industrie zweifelsohne gefährden, vernichten, zur Auswanderung treiben müssen. Die neue schweizerische Bauernpolitik treibt aber nicht nur die Industrien, sondern auch die Industriearbeiter zum Lande hinaus! Bereits hat Bundesrat Schulthess, der Oberregisseur dieser völlig verfehlten Wirtschaftspolitik, dem Schweizerischen Auswanderungsamt Auftrag erteilt, die Frage der Massenauswanderung der Arbeitslosen zu prüfen und die neueste Budgetbotschaft des Bundesrates beweist, daß man gewillt ist, die Scharen der Arbeitslosen mit der Hungerpeitsche über die Grenzen zu jagen. In dieser Botschaft heißt es:

„Derartige Opfer (wie der im Herbst beschlossene neue Kredit von 62 Millionen Franken für Arbeitslosenunterstützungen und Notstandsarbeiten. E. N.) gehen über unsere Kraft. Es ist höchste Zeit, sich bewußt zu werden, daß unsere Lage sich angesichts einer solchen Ausgabenwirtschaft in schwindelerregender

Weise verschlechtert. Wollen wir dem Zusammenbruche entgehen, so muß diese Entwicklung sogleich aufgehalten werden. Die Gemeinden, die Kantone und der Bund müssen sich zur weitgehenden Sparsamkeit verstehen. Um jeden neuen Mißbrauch zu verunmöglichen, sollte man sich tatkräftiger an die geltenden Vorschriften halten, so rasch wie nur möglich die Arbeitslosenunterstützungen vermindern und verlangen, daß die Arbeitslosen unerbittlich genötigt werden, von jeder Arbeitsgelegenheit Gebrauch zu machen."

Intensives Studium der Auswanderungsfrage hat kürzlich auch Prof. Dr. Mangold-Basel in einem Referat in der Neuen Helvetischen Gesellschaft Zürich verlangt. Dabei gab Prof. Mangold der Ueberzeugung Ausdruck, „daß die Schweiz der Abwanderung der einheimischen Arbeitskräfte nicht werde entraten können, sofern die Arbeitslosigkeit noch jahrelang andauern sollte“.

Sofern! Wenn die schweizerische Wirtschaft nach den Laurischen Konzepten weitergefuehrt wird, dann wird die Arbeitslosigkeit gewiß noch jahrelang andauern. Freilich ist dann die politische Hegemonie (Vormacht) der Bauernpartei hergestellt, aber die besten Abnehmer und Zahler der schweizerischen Landwirtschaft sind dann ebenfalls verschwunden, und die Bauern dürften erst, wenn es zu spät ist und ganze schweizerische Industrien an die ausländische Konkurrenz übergegangen und für alle Zeiten verloren sind, zur Einsicht kommen, in was für ein Schlamassel sie ihre wegleitenden Wirtschaftspolitiker da hineingeführt haben!

Statt eines wirksamen Preisabbaues, der vor zwei Jahren einmal Parole unserer bürgerlichen Presse war, erleben wir einen Stillstand in der Preisgestaltung und neuestens macht es den Anschein, als stünde bis zum Frühjahr ein merkliches neues Anziehen der Preise bevor. Es ist richtig, daß während der Kriegsjahre mit dem schweizerischen landwirtschaftlichen Boden kolossale wucherische Spekulationen vorgenommen worden sind. Es ist wahr, daß viele Landwirte, die in den Jahren 1915 bis 1919 Heimwesen gekauft haben, dafür viel zu viel bezahlten, trotz aller Warnungen, die zur rechten Zeit ergingen. Freilich ließ es der Staat an einem energischen Einschreiten gegen den Bodenwucher fehlen. Es ist richtig, daß ein Teil dieser Heimwesen unter den Hammer kommt und die unverantwortlich leichtfertigen Abenteuerer, die seinerzeit zu phantastischen Preisen diese Liegenschaften erwarben, von Haus und Hof fort müssen. Schlimmstenfalls werden diese aber nur Industrieproletarier und gelangen dann in jene Verhältnisse, die Laur seinen Bauern immer als so überaus gute und glückliche schildert. Das wäre also nur ein Grund mehr, unsere schweizerische Preispolitik und damit Wohl und Wehe ganzer großer Volksschichten nicht jener kleinen Zahl landwirtschaftlicher Spekulationskäufer zu opfern!

*

Noch ist das Einlenken der Schweiz in die Bahnen der Hochschutzzollpolitik nicht ein endgültiges, noch ist nicht alles verloren, noch hängt der Entscheid in der Schwebe. Am 30. Juni nächsten Jahres, also in zirka einem halben Jahre läuft das heutige Zollprovisorium ab. An eine Verlängerung mittelst neuer Vollmachterteilung an den Bundesrat ist nicht zu denken. Das wäre eine zu traffe Mißachtung der Verfassung, der Volksrechte und des Volkswillens. Auch steht die sozialdemokratische Zollinitiative drohend im Hintergrund. Die Zollfrage muß endlich endgültig und durch die oberste Instanz, den Souverän selber, entschieden werden. Es ist wohl vom Guten und dem Entscheid nur nützlich, daß große Teile unseres Volkes die segensreichen Wirkungen der Aera Laur-Schulthess bereits zu kosten bekommen haben. Es scheint, daß auch in bürgerlichen Kreisen die Opposition gegen diese äußerst verhängnisvolle Politik im Wachsen ist. Wenigstens hat kürzlich Professor Großmann-Zürich an einem verdienstlicherweise im Gewerkschaftskartell Zürich über das Valutaproblem gehaltenen Referat laut „Volksrecht“ erklärt:

„Auch die Schweiz gehörte zu den Staaten, deren Vertreter an der Brüsseler Finanzkonferenz sehr freihändlerisch auftraten, um zu Hause genau das Gegenteil zu tun, sich so schutzzöllnerisch als möglich zu gebärden. Bald nach der Brüsseler Konferenz kam der neue schweizerische Zolltarif mit seinen unerhört hohen, die schweizerische Volkswirtschaft aufs schwerste belastenden Zollansätzen, ihm folgte eine Einfuhrbeschränkung nach der andern. Die schweizerische Exportindustrie wurde durch diese ganze protektionistische Wirtschaft in ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit schwer getroffen. Als dann die schlimmen Konsequenzen dieses durch und durch verfehlten wirtschaftspolitischen Kurses sich zeigten, versuchte man, von Bundes wegen überall zu flicken und zu pflastern. Der Bund streute seine Subventionen nach allen Seiten aus. Man hatte den Eindruck, die Schweiz sei im Begriffe, sich in ein einziges riesiges Armenhaus zu verwandeln.“

Noch im Herbst 1921 glaubten ihre offiziellen Vertreter, die schweizerische Landwirtschaft könne gute Zeiten haben, wenn auch die einheimische Industrie noch so schwer darniederliege. Anstatt mit Subventionen und andern doch nutzlosen Liebesgaben allenthalben zu leimen, sollte alles getan und nichts unterlassen werden, um eine nachhaltige Verbilligung der Lebenshaltung herbeizuführen. Der Referent will den Schutz der Landwirtschaft nicht unbedingt ablehnen, er sollte aber in Form von Produktionsprämien geschehen, da die Lebensmittelzölle wie überhaupt die hohen Preise den Kleinbauern wenig helfen, weil er nur zu einem kleinen Teil für den Markt produziert. Die Subventionen und Zölle kommen vielfach überhaupt nicht den Bauern, sondern den Händlern zugute. Unbedingt abzulehnen ist der Zollschutz und die Einfuhrbeschränkung bei gewerblichen Produkten. Das Schicksal der Hunderttausende von Industriearbeitern ist viel wichtiger, sie aber haben unter diesen protektionistischen Maßnahmen aufs schwerste zu leiden.“

Es wird sich zeigen, daß bei einem zweckmäßigen Vorgehen und kluger Vorbereitung der Aktion dem schweizerischen Proletariat wertvolle Helfer aus allen Volkskreisen erstehen werden im Kampfe gegen jene neuorientierte, äußerst reaktionäre Politik, die im Begriffe ist, die Schweiz in „ein einziges riesiges Armenhaus zu verwandeln“.

Allerdings wird die organisierte Arbeiterschaft wie im Kampf gegen die Lex Häberlin das Hauptgewicht dieser Aktion auf ihre Schultern zu nehmen haben. Aber sie wird es tun in der Gewißheit, daß vom Ausgang dieses Kampfes für die wirtschaftliche und politische Zukunft der Arbeiterklasse mehr abhängt, als von jeder andern Aktion, die sie in den letzten Jahrzehnten geführt hat.

Bismarcks Entlassung.

(Ein Buchreferat von M. Silberoth, Davos.)

Verlasse dich auf Fürsten nicht,
Sie sind wie eine Wiege,
Wer heute Hosannah spricht,
Ruft morgen crucifige.

(Ein altes Kirchenlied.)

Am 15. Juni 1888 wurde der Kronprinz Wilhelm König von Preußen und Deutscher Kaiser. Am 20. März 1890 — nach 21 Monaten — entließ er seinen Kanzler, Otto Fürst von Bismarck. Wer den 1922 bei Cotta (Stuttgart und Berlin) erschienenen dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen“ des eigentlichen Gründers des deutschen Einheitsstaates liest, wundert sich kaum mehr, daß der junge Herr seinen getreuen Diener nicht länger behalten hat.

Schon vor der Thronbesteigung muß Bismarck dem Beifallsbedürfnis des überheblichen und eigensinnigen prinzlichen Dilettantismus Zügel anlegen und so seinen künftigen Kaiser und König verstimmen. Dem Hofprediger Stöcker, dem Gründer der christlich-sozialen Partei, verschreibt sich Wilhelm mit Haut und Haar, und sieht in diesem abgefeymten Demagogen „etwas von Luther“. Bismarck beschwört den Prinzen, sich nicht mit Stöcker zu identifizieren, der nur einen Fehler hat als Politiker, daß er Priester ist, und als Priester, daß er Politik treibt. Er appelliert an die Eitelkeit Seiner Königlichen Hoheit, dem Ahnherrn, Friedrich dem Großen, nicht bloß als Feldherr zu folgen, sondern auch als Staatsmann; in der Art des großen Königs habe es aber nicht gelegen, sein Vertrauen auf Elemente wie das der „innern Mission“ zu setzen. — Der Kanzler will seine Politik nicht auf Priester stützen, die viel verderben und wenig nützen; die priesterfrommsten Länder seien die revolutionärsten, und 1848 habe ganz Hinterpommern sozialistisch gewählt, lauter Tagelöhner, Krüger und Eieraufkäufer, obschon in dem gläubigen Pommernlande alle Geistlichen zur Regierung gestanden seien. —

Die Mahnungen sind nur zum Teil beherzigt worden; der Prinz hält an seiner „Ueberzeugung“ fest, „eine Ueberzeugung, die mir durch unzählige Zuschriften und Zustimmungsadressen aus allen Teilen der Monarchie, besonders aus katholischen und aus untern Arbeitskreisen der Bevölkerung als eine weitverbreitete und wohlbegründete entgegengebracht wird“.

das besser als irgendein anderes in den Geist einführt, der heute die „neue Welt“ beherrscht. Sein Verfasser ist der Pressechef der preussischen Regierung, Hans Goslar, der im vergangenen Jahr eine Reise nach Amerika gemacht hat, die ihm die Eindrücke vermittelte, aus denen das Buch entstanden ist. Man erlebt diese Reise nicht nur, man erlebt das Land Amerika mit, wenn man diesen schmalen Band von 156 Seiten liest. Die grandiose Selbstverständlichkeit, mit der drüben, am Rande des großen Wassers, aus einer Wildnis, die noch vor wenigen hundert Jahren nur etliche tausend Ansiedler beherbergte, New York, die größte Stadt der Welt, emporgewachsen ist, wird in einigen knappen Sätzen, durch schlagende Ziffern illustriert, hingezeichnet, ganz in der Art, wie auch der von Künstlerhand gezeichnete Bilderschmuck des Buches gehalten ist. Dann aber ist man auch schon mitten im unaufhaltsam fortreisenden Strom amerikanischen Lebens, das im Vergleich zu dem des alten Europa so fabelhaft jung und hemmungslos anmutet. Bei aller Begeisterung für dieses junge, kraftstrotzend vorwärtstürmende Leben verliert der Verfasser nie die kühle Ruhe des kritischen Beobachters; er nennt häßlich, was häßlich ist, verschließt die Augen nicht vor dem grauenvollen Niedertreten alles dessen, was in der atemlosen Hast des Geldverdienens zu Boden geworfen wird, aber er öffnet sie auch weit vor der neuen Schönheit, die sich in der alle Widerstände sieghaft überwindenden Bauart New Yorks, in der großzügig-praktischen Regelung seines Verkehrswesens, in der bewußt einseitigen Züchtung des amerikanischen „Normalmenschen“ offenbart.

Von dem neuen Menschentypus, den Amerika, dieser große „Schmelztiegel“ aller Nationen der Erde, heranbildete, bekommt man in Hans Goslars unmittelbar aus dem Leben schöpfenden Darstellung einen umfassenden Begriff. Er schildert den Geschäftsmann, der seinen neunstündigen Arbeitstag mit beispielloser Intensität ausnützt, aber daneben noch hinreichend Zeit findet, seinen Körper in sportlicher Erziehung (die übrigens schon im ersten Schuljahr beginnt) zu stählen; der sich nie darüber beklagt, daß er „zuviel zu tun“ hat, aber tatsächlich alles meidet, was nach seiner Meinung — und das ist meist die des ganzen Landes — keinen praktischen Zweck hat; für den es zwischen 8 und 5 Uhr absolut nichts anderes als sein Geschäft gibt, der aber auch danach, am Feierabend, nur leichtere Unterhaltung oder höchstens religiöse Erbauung aufsucht; der zwar gern plaudert, aber keine philosophischen Diskussionen liebt.

Erklärung.

In der „Roten Revue“ vom 1. Dezember 1922 ist in einem Artikel, „Die schweizerische Neuorientierung“, gesagt, daß Herr Nationalrat Carl Sulzer-Schmid in Winterthur sich in seiner Haltung in der Zolltarifffrage von Herrn Bundesrat Schulthess mit dem Versprechen auf Industrie-Subventionen habe fördern lassen. Herr Nationalrat Sulzer hat sich durch diese Behauptung in seiner Ehre schwer verletzt gefühlt und mit Klage gedroht.

Ich erkläre hiedurch, daß es mir völlig fern gelegen hat, Herrn Nationalrat Sulzer in seiner Ehre persönlich anzugreifen. Ich habe auch nicht behauptet, daß Herr Sulzer durch Versprechen persönlicher Vorteile sich habe beeinflussen lassen. Sollte trotzdem irgend etwas Derartiges aus dem oben zitierten Wortlaut herausgelesen worden sein, so erkläre ich, daß das meiner Auffassung durchaus nicht entspricht.

Ernst Nobs.